

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/236

10. Dezember 1975

Mitbestimmung: Die Chance des Unternehmens

Ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit
und Stabilität

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Ein Modell globaler Entwicklungspolitik

Zur Ratifikation des Lomé-Abkommens mit den AKP-Staaten

Von Dr. Peter Corterier MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 / 43 Zeilen

Lauwarme Dementis reichen nicht aus

Bestechungsvorwürfe: Strauß und die CSU müssen vor Ge-
richt gehen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 / 37 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Ursache und Wirkung der Entspannung"

Seite 5 und 6 / 97 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehardt Ederl

5300 Bonn 12, Havesacker 8-10
Postfach: 125 485
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 37-38
Telex: 02 28 042 - 48 pabo d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Mitbestimmung: Die Chance des Unternehmens

Ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Stabilität

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Die soziale Frage ist immer auch eine Frage des Unternehmensrechtes gewesen. In der Frühzeit der Industriegesellschaft konnte es angesichts der realen Lage der Arbeiterklasse wohl keine andere Antwort als den Machtkampf und kein anderes Ziel als die Sozialisierung des Unternehmens geben. Dies schien die einzige Chance, die Interessen des Arbeiters gegen Ausbeutung im Betrieb und gegen unerträgliche Risiken in der Gesellschaft zu sichern.

Die geschichtliche Erfahrung hat die Positionen differenziert. Verstaatlichung oder Vergesellschaftung haben als solche nirgendwo erbracht, was von ihnen erwartet wurde. Mehr Freiheit in der Wahl und in der Gestaltung des Arbeitsplatzes; Humanisierung der Arbeitsbedingungen; gesellschaftliche, den Interessen großer Mehrheiten der Bevölkerung entsprechende Wirtschaftsorientierung des Unternehmens: das alles hat Verstaatlichung als solche nicht erbracht. Die Geschichte hat uns vielmehr gelehrt, daß formale Veränderung der Eigentumsrechte noch nichts bedeutet und daß realer Fortschritt davon abhängt, welche sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Unternehmensentscheidungen begrenzen. Und das heißt auch: welchen Einfluß die Arbeitnehmer auf die konkreten Entscheidungen in den Unternehmen gewinnen können.

Die Politik der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik - und auch der Gewerkschaften - ist deswegen darauf gerichtet, diese beiden Säulen der Arbeitnehmerinteressen gleichzeitig zu verstärken. Als Rahmenbedingungen sind zum Beispiel Sozialgesetzgebung, Steuergesetzgebung, Bildungspolitik und Umweltschutz, aber auch Entwicklungspolitik während der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland deutlich verbessert worden; insbesondere während der Kabinette Brandt und Schmidt. Ebenso wurde der

Einfluß der Arbeitnehmer auf die konkreten Entscheidungen im Betrieb durch die Montanmitbestimmung 1951 und durch die Fortentwicklung des Betriebsverfassungsrechtes erheblich gestärkt. Aber mit Recht blieb das Ziel die Gleichberechtigung im Unternehmen, die gleiche Stärke, wie es heißt: Die Parität in der Mitbestimmung.

Das Kabinett Brandt/Scheel hat 1974 eine Gesetzesvorlage zur Mitbestimmung in Großunternehmen vorgelegt. Der Entwurf hat im ganzen Spektrum der Parteien und Bundestagsfraktionen, der Wirtschaft und Wissenschaft eine intensive Diskussion ausgelöst. Koalitionsdifferenzen und Verfassungsfragen haben den Regierungsentwurf jetzt modifiziert. Niemand wird sagen können, dies sei nun allein "sein" Entwurf, "seine" perfekte Lösung. Aber die Unternehmensleitungen sollten erkennen, daß die Vorlage eine einzigartige Chance für ihre Unternehmen darstellt, jene auf den beiden Säulen (soziale Rahmenbedingungen und verantwortliche Arbeitnehmermitwirkung) bewährte Arbeit durch eine wirkungsvollere Mitbestimmung zu stärken.

Die Arbeitgeberseite muß wissen, daß es langfristig in unserer Entwicklung nur die Wahl geben wird zwischen gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, wodurch dann auch ihre Mitverantwortung erhalten und ausgebaut werden kann, oder einer sich verschärfenden Konfrontationspolitik der Tarifparteien, die aus den Unternehmen dann allerdings auch auf den politischen Raum im allgemeinen ausstrahlen muß. Mitbestimmung ist also auch Politik für die Sicherheit der gesellschaftlichen Stabilität unseres Landes. Wer sich darauf beruft, in anderen Ländern Europas oder in den USA nähmen die Gewerkschaften gegenüber der paritätischen Mitbestimmung eine kritische Position ein, muß sich fragen lassen, ob er bereit ist, auch die übrigen Arbeitsbedingungen der Unternehmen in diesen Ländern - und die gesellschaftlichen Perspektiven dort! - zu akzeptieren.

(-/10.12.1975/wi/e/pr)

+ + +

Ein Modell globaler Entwicklungspolitik

Zur Ratifikation des Lomé-Abkommens mit den AKP-Staaten

Von Dr. Peter Carterier MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das Abkommen von Lomé zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der afrikanisch-keribisch-pazifischen Staatengruppe (AKP) sieht großzügige Regelungen im Handelsbereich, industrielle Kooperation, Stabilisierung der Ausfuhrerlöse und eine Finanzhilfe von insgesamt rund 3,5 Milliarden Rechnungseinheiten ((RE) vor. Beide Seiten haben mit diesem Abkommen ein praktisches Modell für eine globale Entwicklungshilfe der Gemeinschaft entwickelt. Dies ist umso beachtlicher, als gleichzeitig mit diesen Verhandlungen die Gemeinschaft angesichts einer düsteren Wirtschaftslage und der britischen Drohung, die Europäische Gemeinschaft wieder zu verlassen, eine ihrer ernstesten inneren Bestandskrisen durchmachte.

Dabei hat den EG-Mitgliedstaaten sicher auch der von außen kommende solidarische Elan der AKP-Vertreter geholfen, gemeinsam zu handeln. Dieses Abkommen muß im Rahmen einer allgemeinen und globalen Entwicklungspolitik gesehen werden, die den tiefgreifenden Wandel der Nord-Süd-Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Rechnung trägt. Dieser Wandel wird deutlich zum Beispiel in den Organisationen der UNO oder bei der bevorstehenden Konferenz über internationale Wirtschaftszusammenarbeit in Paris. Dieser Rahmen darf innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht um fragwürdiger nationaler Alleingänge auf dem Energie Sektor willen gefährdet werden.

Eine globale Politik wirtschaftlicher Zusammenarbeit ist längst nicht mehr eine Angelegenheit der Barmherzigkeit oder wirtschaftlicher Almosen, denn dem Wunsch der Entwicklungsländer nach wirtschaftlichem, technologischem und sozialem Fortschritt entspricht das eindeutige Interesse der Industrieländer an langfristiger wirtschaftlicher Kooperation, die auch bei uns Arbeitsplätze erhöht oder neue Investitionen ermöglicht. Lomé bezeichnet einen Wendepunkt in diese Richtung partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, wie sie insbesondere von der Bundesregierung formuliert und vertreten wird. Der Abschluß dieser Verträge hat schon jetzt erste Erfolge bewirkt, haben doch schon weitere Staaten die Aufnahme in das Vertragssystem beantragt, ist doch schon seit geraumer Zeit die Zuckerkrise überwunden. Jetzt sollten wir sicher auch darauf achten, daß sich aus der Stabilisierung der Exporterlöse nicht in internationalem Zuschnitt regelrechte Marktordnungen entwickeln, mit denen wir innerhalb der Europäischen Gemeinschaft schon so schlechte Erfahrungen haben machen müssen.

Eine Reihe von historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren haben zu besonders engen, freundschaftlichen und oft fast schon exklusiven Beziehungen zwischen einigen AKP-Staaten und einigen EG-Mitgliedstaaten geführt. Sie werden nun der Gemeinschaft als Ganzes zuwachsen, wenn es gelingt, die verschiedenen Formen und Ebenen wirtschaftlicher Zusammenarbeit gemeinschaftlich miteinander in Einklang zu bringen. Dem Europäischen Parlament wird bei der Fortentwicklung der gemeinschaftlichen Politik wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine wichtige Aufgabe zufallen.

(-/10.12.1975/wi/e/pr)

+ + +

Lauwarms Dementis reichen nicht aus

Bestechungsvorwürfe: Strauß und die CSU müssen vor Gericht gehen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter
in der SPD-Bundestagsfraktion

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, Verteidigungsminister in den 60er Jahren, und seine Partei werden von der renommierten New Yorker Wirtschaftszeitung "Wall-Street-Journal" beschuldigt, sie hätten im Zusammenhang mit dem Kauf von 700 "Starfightern" für die Bundeswehr von der amerikanischen Flugzeugfirma Lockheed "Millionen an Dollar-Zuwendungen" bekommen. Strauß und die CSU haben "energisch" dementiert. Doch damit macht es sich die CSU zu leicht.

Das "Wall-Street-Journal" beruft sich auf eine beidete Aussage des ehem. Bonner "Lockheed"-Lobbyisten Ernest Hauser vor einem nichtöffentlichen Untersuchungsausschuß des US-Senats. Hauser ist bereit, die Aussage und den Eid demnächst bei einem öffentlichen Hearing in Washington zu wiederholen. Ein Eid gilt in der Gerichtspraxis sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik, als ein gewichtiges Beweismittel. Es ist mehr als merkwürdig, daß die CSU als Antwort darauf nichts als ein Dementi bereithält und die Auffassung vertritt, die in den USA vorgebrachten Beschuldigungen sei eine Angelegenheit, "die drüben ausgetragen werden sollte".

Auch der Frankfurter Bundesrechnungshof hat in mehreren Untersuchungen auf Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den "Starfighter"-Geschäften aufmerksam gemacht. Für diese war im Namen der Bundeswehr ihr Oberbefehlshaber, der damalige Verteidigungsminister Strauß, zuständig. Der Kauf von "700 Starfightern" für eine Summe von vier bis sechs Milliarden DM aus Steuermitteln war eines der größten Rüstungsgeschäfte der Nachkriegszeit. Ernest Hauser, der nun Strauß beschuldigt, er habe "Millionen Dollar" als Schmiergelder bekommen, hat die Geschäfte damals mit seinem Freund Strauß abgewickelt. Hauser war seit dem Kriegsende in Schongau mit der Familie Strauß sehr befreundet. Strauß war sowohl Trauzeuge als auch Taufpate der Familie Hauser. Wenn der Senat der Vereinigten Staaten nun umfangreiche Bestechungsgeschäfte von US-Firmen und Regierungsstellen mit allen Teilen der Welt aufdeckt und ein Mann wie Hauser unter Eid zugibt, Strauß und die CSU hätten sich an Staatsgeschäften der Bundesrepublik Deutschland bereichert, dann genügt kein Dementi der CSU. Denn sind die Beschuldigungen auch keine Angelegenheit, "die drüben ausgetragen werden müsse", wie die CSU meint.

Strauß und die CSU werden von mir hiermit öffentlich aufgefordert, gegen Ernest Hauser in den USA unverzüglich gerichtlich vorzugehen. Bleibt es bei lauwarms Dementis, dann gerät auch die CSU in den "Ruch der Korruption".
(-/10.12.1975/wi/e/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Ursache und Wirkung der Entspannung"

Unter dem Titel "Der Zwang der Tatsachen/Ursache und Wirkung der Entspannung" veröffentlichte die "Volksarmee"/Ostberlin am 10. November 1975 folgenden Artikel des Obersten der Nationalen Volksarmee Dr. Werner Kühner. Wir geben den in Inhalt und Sprache gleichermaßen bemerkenswerten Beitrag in vollem Wortlaut wieder.

"Die jüngsten Ereignisse in der internationalen Politik bestätigen die Entspannung als Haupttendenz in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den ideologisch gegensätzlichen und sozial unversöhnlichen Ordnungen. Reden wir über Ursachen und Wirkungen der Politik der Entspannung. Nach vorliegenden historischen Beweisen und marxistisch-theoretischer Erkenntnis wissen wir, daß Imperialisten nur etwas aufgeben, wenn sie dazu gezwungen werden. Und ebenso versuchen sie, im Sinne ihrer Klassenherrschaft sich alles anzueignen, was nur möglich ist. Sie verhandeln und schließen Kompromisse dann, wenn die üblichen, bisher angewandten expresserischen imperialistischen Gewaltmittel versagen.

Vom Zwang der Tatsachen ist Entspannung diktiert. Und diese Tatsachen sind gegeben durch die militärische Stärke der Sowjetunion und der Armeen des Warschauer Vertrages, durch die ökonomische und politische Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie haben den Imperialismus zu friedlicher Koexistenz gezwungen und werden das mit wachsendem Erfolg auch weiter bewirken.

Die Ursache - allseitige Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft, besonders der Sowjetunion, der enge Zusammenschluß der sozialistischen Bruderländer um die UdSSR - hat ihren Rückhalt und Bestand in der unbeirrbaren, zielklaren Führung durch die marxistisch-leninistischen Parteien in ihrer Arbeiterpolitik. Das Anliegen dieser Politik ist, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen weiter zu verbessern, wofür Frieden und Sicherheit unerlässlich sind. Das ist gleichzeitig eine angestrebte Wirkung der Entspannungspolitik.

Weiter ist die Ursache für erfolgreichen Zwang auf den Imperialismus, zu friedlicher Koexistenz bereit zu sein, der weltweite Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, deren Aktionen die ant imperialistische Offensive zu neuen Erfolgen führte und die das Tempo des revolutionären Weltprozesses beschleunigten. Vietnam und Portugal sind dafür ebenso aktuelle historische Zeugnisse wie die Festlegung der Reihen der Kommunisten in Norwegen oder die Konsolidierung der ant imperialistischen Unabhängigkeit in Mocambique. So ist Ursache für Entspannung und für die erklärte Bereitschaft bestimmter Kreise unter den Regierenden in imperialistischen Staaten zu friedlicher Koexistenz die Stärke des Sozialismus und der revolutionären Weltbewegung.

Die Wirkung der Entspannung - auf Frieden, Sicherheit, friedliche Koexistenz gerichtete Politik, ausgedrückt in Verträgen, Entspannungsschritten, Abrüstungsinitiativen und der Entschlossenheit, den Bestand dieser Politik nicht durch militärische Aggressionen durch den Imperialis-

mus antesten zu lassen - ist logisch zum Nutzen der sozialistischen Staaten, der Nationalstaaten, der revolutionären Bewegung und zum Nutzen aller. Der Krieg gegen den Sozialismus als Wehnsinnsalternative zur Koexistenz brächte schließlich die Vernichtung der Entspannungsfreunde. Nur wollen bestimmte Abenteurer dieser Logik nicht folgen.

Ursache für mögliche jähe Wendungen in der internationalen Entwicklung - also Zuspitzung an einzelnen Kampfabschnitten, Konterrevolution, ja militärische Provokationen und Krieg - bleibt die Existenz des Imperialismus, des Systems, zu dessen Wesen Ausbeutung, Unterdrückung und jede Art von Gewaltanwendung zählt. Gewalt wird immer gerechtfertigt, wenn sie nur dem Profit und dem Monopol, der Ausschließlichkeit der Herrschaft des Imperialismus nutzt. Tatsächlich ist die imperialistische Bourgeoisie mit der Unmöglichkeit konfrontiert, ihre Ziele durch einen Weltkrieg zu verwirklichen. Dem steht die militärische Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft energisch entgegen, und man erkennt die Gefährlichkeit von Abenteurern für den Bestand des kapitalistischen Systems.

Die Erkenntnis, in welchem Grade militärische Gewaltandrohung und -anwendung Erfolg oder Mißerfolg für imperialistische Politik einbringt, trennt ja in den kapitalistischen Staaten u.a. die Realisten von den Entspannungsfreunden. Ohne auf die Vorbereitung eines globalen Krieges zu verzichten (der bisherige USA-Minister Schlesinger und BRD-Minister Leber reden vom Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO), legen imperialistische Politiker und Militärs besonderes Gewicht auf die Vorbereitung lokaler Kriege und auf die angebliche Möglichkeit, mit beschränktem Waffeneinsatz Kriege führen zu können. Das kann zur Ursache für eine jähe Wendung in der internationalen Lage werden.

Die Wirkung - Heereserweiterung, Einführung neuer Waffensysteme, Milliarden für die Rüstung, Sabotage der Abrüstung und der Rüstungsbegrenzung, Ausbau neuer Stützpunkte, Schüren von Konterrevolution und militärisches Abenteurerertum - ist logisch ausschließlich zum Nutzen weniger, der kleinen parasitären, verfaulenden imperialistischen Herrschaftsclique, die in eine hoffnungslose historische Defensive gedrängt, ihre Zuflucht in der Gewalt sucht - wie früher!

Eine Infamie besonderer Art sind zwei Verleumdungen zur Rechtfertigung militärischer Politik:

- militärische Bedrohung gehe von den sozialistischen Staaten aus (ausgerechnet von denen, deren Militärpolitik dem breitesten Interesse an Sicherheit und Frieden gerecht wird und aus keinen anderen Grund betrieben wird!);
- die eigene militärische Rüstung sei u.a. im Arbeiterinteresse, denn Rüstungsproduktion sichere Arbeit, an einem Leopard-Panzer hätten 20 Arbeiter für ein Jahr ihre Beschäftigung!

Das ist die aggressive, räuberische Natur und die Fäulnis des Imperialismus, die sich unter den heutigen Verhältnissen nicht geändert hat, Gegen diese Natur hilft dann lediglich der Zwang der Tatsachen, die dieser Natur der Gewalttätigkeit angepaßt sind: die Überlegene Macht, mit der Frieden erhalten und Sozialismus geschützt werden kann, die militärische Macht des Sozialismus.

Die erfolgreiche Entspannungspolitik, erreicht durch die militärische Macht des Sozialismus, wird in ihrer Wirkung, Frieden und Sicherheit für alle Völker zu gewährleisten, zum neuen Impuls, ein solches Maß an Verteidigungsanstrengungen aufzubringen, daß die Tendenz der Entspannung unumkehrbar wird."

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller